

QUARTALSBERICHT

Projektland: Albanien

Quartal/Jahr: II/2012

SCHLAGZEILEN

1. **Bujar Nishani, neuer Staatspräsident von Albanien**
2. **Analyse über die Präsidentenwahl am 11. Juni 2012**

Am 11. Juni fand in Albanien die Präsidentenwahl statt. Der ehemalige Innenminister Bujar Nishani wurde mit 73 Ja-Stimmen der insgesamt 140 Abgeordneten des albanischen Parlaments zum neuen Staatspräsidenten der Republik Albanien gewählt. Laut der albanischen Verfassung genügt im 4. und 5. Wahlgang eine einfache Mehrheit. Die Opposition war im Parlament anwesend, hat aber die Abstimmung boykottiert.

Das Wahlverfahren für den Staatspräsidenten (nach den Verfassungsänderungen im Jahre 2008)

2008 haben sich Premierminister Berisha von der konservativen Demokratischen Partei (PD) und der Chef der oppositionellen Sozialisten Rama darauf geeinigt, einige Verfassungsänderungen vorzunehmen. Diese Verfassungsänderungen wurden im April 2008 vom Parlament verabschiedet, darunter auch ein neues Wahlrecht für den Staatpräsidenten. In Bezug auf die Präsidentenwahl schreibt die Verfassung vor, dass in den ersten drei Wahlgängen eine qualifizierte Mehrheit (3/5 der Stimmen) oder 84 der insgesamt 140 Stimmen erforderlich ist. Wird bis zum vierten Wahlgang kein Konsens erreicht, sind noch zwei andere Wahlgänge vorgesehen, wobei eine einfache Mehrheit (71 Stimmen) genügen würde.

Die Verfassungsreform 2008 interpretierte man damals als einen positiven Versuch, die politische Krise zu vermeiden, die durch das Scheitern der Präsidentenwahl ausgelöst werden könnte. Hätte man keinen Konsens erreicht, sollten vorgezogene Neuwahlen stattfinden. Drei Jahre später und insbesondere nach der sich verschärfenden Krise in den Opposition-Mehrheit-Beziehungen hat aber Oppositionschef Rama diese Verfassungsänderungen tief bereut. Die Mehrheit war ihrerseits ganz unbesorgt, weil die Opposition ihr bei der Nominierung und Wahl eines Kandidaten keine Beschränkungen auferlegen

konnte. In den zwei letzten Wahlgängen brauchte sie die Stimmen der Opposition nicht.

Die politische Situation und die politischen Manöver bei der Präsidentenwahl

Die Opposition war nicht sehr aktiv sondern etwas zurückhaltend. Sie hatte genug Zeit, eine Interpretation des Verfassungsgerichts für das Teilnahmequorum und das Wahlverfahren in den ersten drei Wahlgängen, die ohne offiziellen Kandidaten und ohne Stimmabgabe verliefen, zu beantragen. Das schlecht organisierte und strategielose Verhalten der Opposition machte der Mehrheit im Parlament die Arbeit viel leichter. Premierminister Berisha erklärte, die Demokratische Partei (PD) sei entschlossen, als offiziellen Kandidaten einen hohen Funktionär der Partei zu nominieren und deutete damit an, die DP würde die Stv. Parteivorsitzende und gleichzeitig die Präsidentin des Parlaments, Frau Jozefina Topalli als offizielle Kandidatin für das Präsidentenamt nominieren. Darüber hinaus sagte Berisha, der Präsident sollte im Einklang mit der albanischen Verfassung gewählt werden, d. h., er könnte auch mit einfacher Mehrheit der Stimmen gewählt werden. Der Premierminister signalisierte aber seine Bereitschaft zur Gründung einer gemeinsamen Verhandlungskommission mit Vertretern beider Koalitionen, in der auch die Opposition konkrete Vorschläge vorlegen konnte. Ein persönliches Treffen mit Edi Rama sei Berisha zufolge nicht unbedingt nötig. Die Strategie des Oppositionschefs Rama war anscheinend, Berisha im kleinen privaten Kreis zu treffen. Der Vertreter der Sozialistischen Partei (PS) in der Verhandlungskommission zur Präsidentenwahl brachte vier Anfragen als Bedingungen für einen Konsens ein, die aber nur auf eine Verhandlungsblockierung abzielten. Die Parlamentsmehrheit beschuldigte die Opposition, sie wolle damit nur das Erhalten des EU-Kandidatenstatus Albanien blockieren. Die Sozialistische Partei (SP) verzichtete auf ihre Anfragen erst nach der Intervention der diplomatischen Vertreter der EU, USA, OSZE etc. Trotz aller Äußerungen von Berisha in Bezug auf die Nominierung eines hohen Parteioxponenten setzte sich die internationale Gemeinschaft aktiv für eine Konsensherstellung ein. Sie drängte die Abgeordneten zur Wahl eines Konsenskandidaten, der mit 3/5 der Stimmen gewählt werden konnte. Hochrangige Amtsträger der EU betonten in ihren Erklärungen über die letzten Entwicklungen in Albanien, dass die Präsidentenwahl entscheidend für das Image Albanien im Ausland sei. Mangel an Konsens zwischen den Parteien könnte die Bewertung der politischen Lage Albanien zum Erhalten des EU-Kandidatenstatus beeinträchtigen.

Illir Meta, Vorsitzender der Sozialistischen Bewegung für Integration (LSI) und die Vermittlung bei der Suche nach einem Konsenskandidaten

Während die Opposition hoffnungslos gegenüber der Regierungsmehrheit zu sein schien, sollen LSI und ihr Parteichef Meta, als Teil der Regierungskoalition, bereits zur Sozialistischen Partei (PS) Kontakt gehabt haben. Illir Meta, welcher nur vor einigen Monaten wegen einer Korruptionsaffäre angeklagt und aufgrund dessen und auch unter dem Einfluss diplomatischer Kreise in Tirana von seinen Ämtern als Vize-Premierminister und Außenminister zurückgetreten war, traf sich

mehrmals auch mit Edi Rama. Es schien, dass LSI sogar die Regierungskoalition hätte verlassen können und ihre Stimmen für die Wahl des neuen Staatspräsidenten mit den Sozialisten vereinen könnte. Nach Berechnung der gemeinsamen Stimmen ergab sich jedoch, dass trotz einer Stimmenvereinigung die einfache Mehrheit hätte nicht erreicht werden können. Dennoch löste dies Aufregung bei Premierminister Berisha aus, welcher auch mit einem möglichen Stimmenverlust von unzufriedenen Abgeordneten der Regierungsmehrheit rechnete, was das Land zu Neuwahlen hätte zwingen können.

Berisha erinnerte Meta an die Regierungskoalitionsvereinbarung, in der auch die Wahl des Staatspräsidenten enthalten sei. In ihrem Gespräch setzte Meta als Voraussetzung, dass der neue Staatspräsident keine hochrangige Figur der Demokratischen Partei (PD) sei, sondern ein Kandidat aus der Zivilgesellschaft, um somit auch die Reaktion der Internationalen Gemeinschaft aufgrund fehlenden Konsenses mildern zu können.

Nach dem Treffen berichteten die Medien, dass der Kandidat der Regierungsmehrheit Xhezair Zaganjori wäre, ein Mitglied des Verfassungsgerichts am Ende der Amtszeit. Der Kandidat sei ein Vorschlag von Ilir Meta und wurde von der Öffentlichkeit positiv aufgenommen.

Von der Wende der LSI und der Stellung Metas zeigten sich die Sozialisten jedoch unzufrieden. Es folgte Kritik an Edi Rama, dass er sich mit Meta getroffen habe und sich sogar bei ihm für die Korruptionsvorwürfe während des Gerichtsprozesses entschuldigte. Durch dieses Treffen habe Meta seine weiße Weste wieder erlangt und die Opposition kann die Anklagen wegen Korruption nicht mehr gegen ihn nutzen. Die Situation im sozialistischen Lager stagnierte weiterhin auch weil der ehemalige PS-Parteichef, Fatos Nano, der nach den Parlamentswahlen 2005 zurückgetreten war, seine Selbstkandidatur zum Präsidenten erklärt hatte und hierzu die Unterstützung von 20 PS-Abgeordneten forderte. Rama mied Nano trotz der internen Debatten über seine Unterstützung. Jedoch schlägt er keine Kandidatur der Opposition vor.

Die Wahlgänge

Die Abstimmung begann ohne offizielle Kandidatur von irgendeiner Seite. Zaganjori genoss die Unterstützung der Regierungsmehrheit, aber ein offizieller Antrag mit den 20 Unterschriften der Abgeordneten wurde nicht eingereicht. Auch für Fatos Nano lag kein offizieller Antrag vor. Die Sitzungen wurden durch Debatten gekennzeichnet, es fand aber keine Abstimmung statt, da es keinen offiziellen Kandidaten gab.

Obwohl Zaganjoris Kandidatur angesehen war, blieb die Stellung der Opposition nur abhängig von den Launen des PS-Vorsitzenden Rama, welcher sich vom Prozess ausgeschlossen fühlte (Rama ist kein Abgeordneter). Aufgrund dieser Nichtbeachtung schien der PS-Parteichef Rama dazu bereit zu sein, die Kandidatur von Zaganjori zu opfern nur um sein Ego zu befriedigen. Um diese Situation zu lösen, vermittelte LSI-Parteichef Meta ein Treffen zwischen Berisha und Rama. Das Treffen fand in Anwesenheit Metas und der Koalitionsmitglieder statt, endete aber erneut ohne ein konkretes Ergebnis.

Am nächsten Tag sollte der 3. Wahlgang abgehalten werden, in dem 3/5 der Stimmen erforderlich waren. Erneut gab es keine offiziellen Kandidaturen und infolgedessen auch keine Abstimmung. Zaganjori trat von seiner Kandidatur zurück. Es schien, dass der Weg für die Parlamentspräsidentin Topalli, welche nur die einfache Mehrheit für ihre Wahl als Präsidentin benötigt hätte, offen war.

Die LSI und Ilir Meta akzeptierten jedoch die Kandidatur von Topalli nicht. Nach langwierigen Verhandlungen erklärte die Regierungsmehrheit am letzten Abend vor dem 4. Wahlgang die gemeinsame Kandidatur von Artan Hoxha, ein der Regierung nahe stehender Medienanalyst und ehemaliger PD-Minister der 90er Jahre.

Zwei Stunden vor dem Wahlgang wurde der offizielle Antrag von 40 Abgeordneten der Regierungsmehrheit auf die Kandidatur Hoxhas eingereicht. Unvermittelt danach folgte seine Ankündigung über den Rücktritt und über Erpressung. Später wurde bekannt, es gäbe gegen ihn eine Anklage, wonach er mit der ehemaligen kommunistischen Staatssicherheit zusammengearbeitet habe.

Obwohl der Rücktritt Hoxhas für die Regierungsmehrheit unerwartet war, beeilte sie sich einen anderen Kandidaten zu finden. Der Name von Innenminister Bujar Nishani wurde ins Spiel gebracht. Schnell wurden die erforderlichen Unterschriften der Abgeordneten für den offiziellen Antrag der Kandidatur Nishanis gesichert, sodass die Abstimmung stattfinden konnte. Die Opposition nimmt an der Abstimmung nicht teil. Trotzdem erreichte Nishani die 73 notwendigen Stimmen um Staatspräsident zu werden.

Prognosen

Nishani gilt als gemäßigter und nicht strittiger Politiker. Dennoch befriedigte seine Wahl die internationalen Vertreter nicht, zumal sie auf eine konsensfähige Wahl des Präsidenten gehofft hatten. In den Erklärungen aus Brüssel wurde hervorgehoben, dass Tirana kein positives Beispiel gegeben, dass die politische Klasse die Note „ungenügend“ erhalten und somit den EU-Kandidatenstatus in Frage gestellt habe.

Die Wahl des Präsidenten wird umso relevanter, da nächstes Jahr Parlamentswahlen stattfinden werden. Die Analytiker betonten bereits am Anfang des Prozesses, dass diejenige politische Seite mit dem besseren und dominanteren Image bei der Präsidentenwahl 2012 bei den Parlamentswahlen 2013 mehr Chancen zum Sieg haben werde.

Premierminister Berisha zeigte, dass er die Situation dominiert und dass er auch mit Koalitionspartnern und politischen Faktoren zu verhandeln weiß.

Inzwischen bleibt die Situation im oppositionellen Lager angespannt. Der ganze Prozess wird Rama als Versagen vorgeworfen. Auf der anderen Seite hat Fatos Nano, enttäuscht von der PS-Führung, eine Bewegung initiiert, um Rama von seiner Position als Parteichef zu entfernen, denn mit ihm an der Führung hätten die Sozialisten jede Schlacht verloren. Mit diesen Entwicklungen erscheint die Situation im Oppositionslager angespannt. Aufgrund der Reibungen und der

möglichen neuen Spaltungen erweist sich die Kraft der Sozialisten, bei den nächsten Wahlen wieder an die Macht zu kommen, vage.

Nertila Mosko

Die Autorin ist Leiterin der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Tirana, Albanien

IMPRESSUM

Erstellt: 10.07.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: ijz@hss.de | www.hss.de